

Anschubfinanzierung für Musikverein

Entscheidung des Gemeinderats – Lärmschutzwahl erforderte längere Debatte

Offenberg. (sut) Da ein Musikverein mit der üblichen Sportvereinförderung keineswegs verglichen werden kann, so der Gemeinderat in der Diskussion seiner kürzlichen Sitzung, einigte sich das Gremium darauf, dem neuen Kulturträger „Musikverein Neuhausen“ eine Anschubfinanzierung von einmalig 6 000 Euro (Anschaffung von Instrumenten) zu gewähren.

Des Weiteren gibt es pro „Schuljahr“ für den Unterricht von Offenberger Kindern/Jugendlichen bis 18 Jahren nochmals 4 000 Euro (der Haushalt ist auf 8 000 Euro jährlich veranschlagt).

Der Unterricht für jeden Schüler ist einzeln nachzuweisen. Eine Doppelförderung gibt es nicht. Unterstellt man die Fortsetzung des Grundschulunterrichts bei älteren Kindern mit einem Förderbetrag von 90/100 Euro, so könnte das bei 4 000 Euro einen Zuschuss für 40 Offenberger Kinder bedeuten. Als Gegenleistung erwartet die Gemeinde bei besonderen Anlässen eine musikalische Umrahmung. Vorerst soll der Unterricht nur auf bestimmte Instrumente beschränkt sein.

Frage der Zuständigkeit

Eine längere Debatte erforderte der Lärmschutzwahl Offenberg, dessen ersten Bauabschnitt man nach



Karl Hacker, Gründer des „Musikvereins Neuhausen (das Flügelhorn blasend), dankte der Gemeinde für die zugesagte Unterstützung. (Foto: Suttner)

achten den Eingriff in die Natur rechtfertigt. Eine unterschiedliche Beurteilung innerhalb der Bauabschnitte (BA) I, II und III kann durchaus möglich sein.

Je nach diesem Ergebnis ist mit der Autobahndirektion eine Vereinbarung zu treffen, die der Gemeinderat inhaltlich ebenfalls zu beschließen hat. Die Baugenehmigung ist die Grundlage dafür, dass in der Ausschreibung für die Hochwasser-schutzmaßnahme Aschenau diese als „Kippe“ für das anfallende Erdmaterial angeboten werden kann. Dazu ergeht beschlussmäßige Zustimmung 15:0. Walther ließ zudem verlauten, dass er sich wegen einer Presseveröffentlichung an MdB Bruni Irber gewandt habe. In dieser forderte der Bayerische Staatsminister des Inneren, Joachim Herrmann, die Angleichung der Lärmwerte der bestehenden Autobahnen an die Standards der Autobahnneubauten. Dann müsste der Lärmschutz vom Bund/Autobahndirektionen eine Herstellung erfahren. „Unter diesen Umständen“, so der Bürgermeister, „wäre der Einsatz der gemeindlichen Finanzmittel für die weiteren Bauabschnitte (wobei eine Umsetzung der BA II und III derzeit nicht vorgesehen ist) nicht zu rechtfertigen, wenn einige Jahre später der Bund die Verpflichtung dazu hätte“.

Bürgermeister Niko Walther bei der Planung des Büros „Team Umwelt“ noch sein Einvernehmen erteilen. Dies ist von der Ansicht abhängig, ob die Lärmreduzierung laut Gut-